

Herr Bonerath von der CDU-Fraktion hält in diesem Bereich die Errichtung von Kita und Verbrauchermarkt für sehr wichtig. Er möchte, dass drei Anmerkungen zu Protokoll genommen werden:

1. Die CDU-Fraktion hält eine Verschiebung des Vorhabens nach Westen als äußerst erstrebenswert.
2. Die Verkehrsanbindung zum Vorhaben solle über die Straße „Am hohen Ufer“ ermöglicht werden.
3. Es müssen ausreichende Parkplätze und eine optimale Ein- und Ausfahrt zur Kita geschaffen werden.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr Nettesheim, dass, nachdem alle alternativen Grundstücksverhandlungen gescheitert seien und die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange durchgeführt sei, nun der Sicherung der Nahversorgung für und in Meindorf nichts mehr im Wege stehen sollte. Auch die Zufahrt zur Kita und zum Nahversorger über zwei getrennte Einfahrten halte die SPD-Fraktion für sinnvoll.

Auch Herr Metz erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sie die Vorhaben „Nahversorgung“ und „Kita in Meindorf“ unterstützen. Aber auch hier gäbe es eine 1a und eine 1b-Lösung. Die 1a-Lösung wäre die Verschiebung nach Westen, die aus Verkehrsgründen auch immer wieder gefordert worden sei. Bezüglich der 1a-Lösung gebe es bis jetzt zwischen den Grundstückseigentümern und einem Investor aber noch kein Einvernehmen. Sollten sich bis zur Ratssitzung noch andere Signale ergeben, werde es sich seine Fraktion vorbehalten, der 1a-Lösung zuzustimmen. Im Übrigen bitte er die Verwaltung zu erklären, warum heute nur der Flächennutzungsplan und nicht der Bebauungsplan auf der Tagesordnung des Ausschusses stehe. Herr Züll bat, dass die Verwaltung im nichtöffentlichen Teil die Informationen gebe, die man im öffentlichen Teil nicht sagen könne. Das sagte Herr Gleß zu. Er teilte mit, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan heute nicht auf der Tagesordnung stehe, da es sich um einen Entwurf handelt, der noch in einigen Bereichen bearbeitungsbedürftig sei. Es lägen auch noch nicht alle Gutachten vor. Es sei vorgesehen, den Bebauungsplan, mit dem man in die Offenlage gehen könne, im Frühjahr vorzulegen.

Danach wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt: